

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 51.

Leipzig, den 19. Dezember.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Mit nächster Nummer schließt der erste Jahrgang unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleidet. Unsere auswärtigen Abonnenten, welche bisher das Blatt unter Kreuzband bezogen haben, werden gebeten, dasselbe von Neujahr ab bei der Post oder im Buchhandel zu bestellen, da die Extrazendung uns zu viel Kosten und Umstände verursacht. Wir können zu fernerer Kreuzbandsendung uns nur dann verstehen, wenn der Betrag von 15 Ngr. per Quartal pränumerando eingesandt wird.

An unsere Parteigenossen.

Von jetzt an erscheint das „Demokratische Wochenblatt“ zugleich als Organ des Verbands deutscher Arbeitervereine, da laut Beschluß des Vororts des Verbands das bisherige Organ desselben, die „Deutsche Arbeiterhalle“ zu erscheinen aufhört. Das „Demokratische Wochenblatt“ wird in dieser neuen Eigenschaft alle offiziellen Anzeigen und Bekanntmachungen des Vororts, sowie Berichte und Mittheilungen aus den deutschen Arbeitervereinen enthalten und dadurch in erhöhtem Maße in den Stand gesetzt sein, ein möglichst vollständiges Bild der Parteithätigkeit auf politischem und sozialem Gebiete zu geben. Um eine, diesem erweiterten Wirkungskreis entsprechende Erweiterung des Blattes vornehmen zu können, richten wir an alle Parteigenossen die Bitte, für die Verbreitung des „Demokratischen Wochenblattes“ auf das Nachdrücklichste zu wirken. Nur durch eine thatkräftige Unterstützung aller unserer Freunde und Gesinnungsgenossen werden wir in der Lage sein, die Ansprüche, welche an ein Organ der deutschen Volks- und Arbeiterpartei gestellt werden können und müssen, zu befriedigen. Thue also Jeder seine Schuldigkeit!

**Der Ausschuß der deutschen Volkspartei
in Sachsen.**

**Der Vorort des Verbands deutscher
Arbeitervereine.**

Inhalt: Politische Uebersicht. — Eine Parteivlicht. — Christlich. — Selbsthilfe und Staatshilfe. — Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg. — Aus England. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Beilage: Für allgemeines Wahlrecht. Anzeigen.

Politische Uebersicht.

Krieg oder Revolution! In diesen Worten faßten wir seit Begründung unseres Blattes die politische Lage der alte Welt zusammen. Wir mußten deshalb die verschiedenartigsten Anschuldigungen erfahren; man warf uns vor, wir suchten systematisch schwarz zu färben und Mißtrauen zu erzeugen. Ja man legte uns sogar die Absicht zur Last, den Aufschwung der Geschäfte hindern zu wollen, und hätten gewisse Leute die Macht gehabt, so wäre es unsrem Blatt ergangen, wie dem Barometer jenes Landpfarrers in Südfrankreich, das von den Bauern zer schlagen wurde, weil es in einer Zeit der Dürre stets trocknes Wetter verkündet hatte. Heute

haben wir die Genugthuung, das Zeugniß zweier der ersten Autoritäten in Sachen der Revolution und des Kriegs für die Richtigkeit unsrer Anschauung vorführen zu können: Mazzini's und des Grafen Bismarck. Mazzini (der zum Glück wieder völlig genesen), hat unterm 5. d. Mon. eine Proclamation an die Italiener erlassen, in der er sie auffordert, der nahen Stunde gewärtig zu sein, wo die Verwirklichung ihrer Wünsche nach der einen und untheilbaren Republik vor der Thür stehe. Eine allgemeine republikanische Erhebung sei nicht mehr ein Phantasiegebilde, und der Erfolg gesichert, da das erste Signal von Paris ausgehen werde; in Frankreich sei Alles vorbereitet, die nächste Zeit werde den Sturz des Kaiserreichs und die Republik bringen. —

Nun, der andere Gewährsmann. Graf Bismarck, der unzweifelhaft in der Kriegsfrage nach Bonaparte am Besten unterrichtet ist, erklärte vor einigen Tagen in der Berliner Beschlagnahme-Kommission, im Laufe des Sommers habe allerdings der Krieg gedroht und sei nur durch ein unverhofftes Ereigniß abgewandt worden. Näher sprach er sich nicht aus.

Der Krieg, welcher drohte, war ein Krieg mit Frankreich; das „unverhoffte Ereigniß“ die spanische Revolution — genau, wie wir es dargestellt. Bloß hätte Graf Bismarck, um die ganze Wahrheit zu sagen, hinzufügen müssen, daß das Damoklesschwert des Kriegs von dem Moment an, wo Deutschland durch die Blut- und Eisenpolitik zerrissen wurde, beständig über uns gehangen hat.

Krieg oder Revolution war das Dilemma.

Krieg oder Revolution ist das Dilemma.

Das „unverhoffte Ereigniß“ kann den Frieden nicht länger erzwingen, als es für Bonaparte die Gefahr eines Flankenangriffs in sich birgt. Hört es auf, dies zu thun, so hört es auch auf, eine Bürgschaft des Friedens zu sein. Cessante causa cessat effectus (mit der Ursache verschwindet die Wirkung). Und die spanische Revolution hat jetzt eine Wendung genommen, welche sie aller menschlichen Berechnung nach unter den Einfluß Bonaparte's bringen muß. Der Bürgerkrieg ist ausgebrochen, und, was das Ende sein möge, Spanien wird so geschwächt aus demselben hervorgehen, daß es darauf verzichten muß, nach Außen hin eine Rolle zu spielen. Der französische Kaiser bekommt damit „freie Hand“, und — nichts verhindert mehr den Ausbruch des Kriegs. Im Gegentheil, die moralische Wirkung der spanischen Ereignisse muß Bonaparte in seinen Kriegsplänen bestärken.

Graf Bismarck begreift dies. Seine Reise nach Dresden bezweckte die absolute Unterordnung Sachsens unter Preußen für den Kriegsfall. Die sächsische Armee, der man in Berlin nicht traut, soll nach Altpreußen verlegt werden. — — — Hierher gehört ferner die, auf preußisches Drängen erlassene Bekanntmachung der heftigen Regierung, daß sich Aerzte melden sollen, welche bereit sind, bei einer „Mobilmachung“ im künftigen Jahr die Truppen zu begleiten. — — — Dazu die wüthenden Artikel der halbamtlichen preußischen Blätter gegen Beust; die fortgesetzten, jedoch hoffnungslosen Versuche, Ungarn für Preußen zu gewinnen; das rumänische Intriguenpiel, der diplomatische Bruch zwischen der Türkei und Griechenland, die kriegerischen Aeußerungen österreichischer Minister, die Aufhäufung von Kriegsgeräthen in den an Oesterreich gränzenden Landstrichen Rußlands; die Interpellation in der württembergischen Kammer, ob Württemberg genug Patronen für die Zündnadelgewehre seines Heeres verfertigt, und nicht länger auf Preußen angewiesen ist; die Aufhäufung ungeheurer Kriegsvorräthe im französischen Lager von Satorn — — wer will noch leugnen, daß Europa sich am Vorabend eines Kriegs befindet? — —

Nun zu Heitrem: Graf Bismarck behauptete neulich in der preußischen Kammer, er sei ein persönlicher Freund Beust's, des Grafen Beust — er ist nämlich zu dieser Würde erhoben worden — und Preußen habe den österreichischen Liberalismus längst „überwunden.“ Leider, und zwar so gründlich, daß keine Spur mehr von Liberalismus in Preußen zu entdecken ist. In der Beschlagnahme-Commission (die beiläufig die Regierungsvorlage schließlich gebilligt hat — nur Birchow stimmte dagegen) tischte der edle Graf Tags darauf die Stieberia de auf, in Hiesing ſie ein furchtbares Verschwörungskomitee, bestehend aus einem Hannoveraner, Dänen, Kurhessen und — Republikaner, vor dem Preußen zu zittern habe. Diese „Enthüllung“ hat die Oesterreichischen Blätter sehr amüßigt, und sie meinen der Urheber hätte wohl gethan seine geistige Gesundheit noch etwas in Barzin zu pflegen; die Berliner „Zukunft“ erinnert aber daran, daß Graf Bismarck

schon im Jahr 1849 ähnliche Visionen gehabt habe. Es scheint demnach ein konstitutioneller Fehler vorzuliegen. —

Die Usedom'sche Note, die den Grafen Bismarck in Barzin nicht schlafen ließ, scheint ihn auch in Berlin wie ein Schreckgespenst zu verfolgen. In derselben Sitzung der Beschlagnahme-Commission brach er die Gelegenheit vom Zaun zu erklären, die Note sei ihm erst aus den Zeitungen bekannt geworden, weil sie auf dem Wege nach dem Kriegsschauplatz von 1866, wohin sie ihm nachgesendet werden sollte, verloren gegangen sei. — Diese Erklärung steht nicht nur mit dem halbamtlichen, sondern auch mit amtlichen Mittheilungen in vollständigem Widerspruch. Am 28. Juli erklärte das Organ des Grafen Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Die Note gelangte erst zehn Tage nach ihrer Uebergabe in die Hände der preußischen Regierung in einem Zeitpunkte, wo die Kriegsoperationen im vollen Gange waren.“ Und zwei Tage darauf schrieb der „Staats-Anzeiger“ das amtliche Regierungsblatt: „Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 28. dieses Monats bringt die Nachricht, daß die vom königl. Gesandten Grafen v. Usedom unterm 17. Juni 1866 an den General Lamarmora gerichtete Note von Seiten der königl. Regierung weder autorisirt noch genehmigt, sondern zehn Tage nach ihrer Uebergabe in Berlin bekannt geworden sei. Dies ist richtig und ergibt sich hieraus, daß der Text der Note keine sichere Unterlage für Schlußfolgerungen über die politischen Intentionen der Regierung zu gewähren vermag.“ Eine Lösung dieser Widersprüche ist unmöglich, es fragt sich bloß, wer die Unwahrheit gesagt hat. Es fragt sich? —

Die preussische Seehandlung (Regierungsanstalt) und das königl. preussische Hauptbankdirektorium zeigen an, daß zur preussischen Eisenbahnleihe von 20 Mill. Thalern bloß 17,805,325 Thlr. gezeichnet worden sind. Ein drausischer (kräftigeres) Mißtrauensvotum konnte die Finanzwelt der Bismarck'schen Politik nicht ausstellen! Und wir sollten an den Fortbestand des Anneerionsstaats glauben?

Das Erfreulichste aus Preußen meldet Gustav Rasch in einem Feuilleton der „Frankfurter Zeitung“: eine Szene, die in einem Berliner Theater (dem Voltersdorffer) vor den Brettern sich abspielte. In dem Refrain eines Couplets (dem wiederholten Schlußreim eines Singgedichts) war der Gedanke ausgesprochen, daß nur Oesterreich, nicht aber Preußen einen Vortheil aus dem Kriege des sechsundsechzigsten Jahres gezogen habe, weil Oesterreich dadurch zu einer freibethlichen Entwicklung gelangt sei. Stürmischer Beifall und lauter Jubel im Publikum! Da erhebt sich im ersten Range ein breiter, vierschrötiger Mann, der das Gepräge des pommer'schen oder brandenburgischen Gutsbesizers und Junkers auf Stirne und Gestalt trug, und schreit: „Das ist nicht wahr! Preußens Großmachtsstellung, glorreiche Siege“ — — Weiter konnte er nicht gelangen. Ein fürchterliches, mit Drohungen, den Redner des ersten Ranges sofort vor die Thüre zu setzen, vermischt's Geschrei, verhängte seine weiteren Worte. Nun kam ein zweiter Refrain, in dem Garibaldi gefeiert und Rom der Untergang prophezeit wurde. Zum zweiten Male erhob sich der Redner im ersten Range, seine Entrüstung, daß dergleichen Dinge in der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes gesungen werden dürften, mit untermischten Schimpfworten gegen Garibaldi in das Parquet hinabschreiend. Nun erhob sich ein Höllenspektakel. Die Vorstellung mußte unterbrochen werden. Schließlich erschienen im ersten Range zwei Konstabler und führten unter dem stürmischen Beifalle des versammelten Publikums den Redner aus dem Theater.

Dem bayerischen Landtag hat Kolb die Nürnberger

Petition (S. Beilage) und eine in demselben Sinne abgefaßte des Münchener Volksvereins überreicht, und daran den Antrag geknüpft: Eine Gesetzesvorlage noch für den gegenwärtigen Landtag zu erbitten, damit bei den Landtagswahlen folgende Grundsätze zur Anwendung gebracht werden: Allgemeines, direktes Wahlrecht; — Wählbarkeit jedes volljährigen unbescholtenen Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf Steuerzahlung; — Geheime Abstimmung; — Gesetzliche Feststellung und Verkleinerung der Wahlbezirke, so daß in jedem derselben nur Ein Abgeordneter zu wählen sei; — Aufhebung des Instituts der Kreisräthe; — Verkürzung der Wahlperioden. — Ferner, hieran sich anreihend: Herabsetzung der Reisepflichten, dagegen Ausdehnung des Bezugs von Tagelohn auch auf die in München wohnhaften Kammermitglieder.

In Oesterreich hat man den „Ausgleich“ mit Ungarn nun die Krone aufgesetzt, Klapka, Perczel und andere ungarische Revolutionsgenerale sind kaiserlich österreichische Generale geworden, und — Bismarck hat das Nachsehen.

Wie es mit der Volksbildung in Oesterreich steht oder richtig nicht steht, das erhellt aus folgenden, auf Grund amtlicher Angaben von der „Strazer Tagespost“ veröffentlichten Thatsachen:

„Der Durchschnittsstand der österreichischen Armee beträgt in den vier Jahren 1863, 64, 65 und 66 (nach Abzug von reichlich 42.000 Unteroffizieren, welche, um Unteroffiziere werden zu können, des Schreibens kundig sein müssen) 492.869 Köpfe, und davon sind 54.540, d. h. eif. vom Hundert des Schreibens kundig, d. h. wieder mit anderen Worten, von je neun Soldaten ist nur ein einziger im Stande zu schreiben! Noch interessanter gestalten sich die Ziffern, wenn man nicht die Armee im Ganzen, sondern wenn man die einzelnen Waffengattungen ins Auge faßt.

In der Genietruppe können 43 Prozent, von den Pionieren 42 Prozent schreiben. Dann folgt schon durch eine breite Kluft getrennt, die Artillerie mit 28½ Prozent. Und jetzt geht es reißend schnell bergab. Von den Jägern schreiben nur 8 Prozent, von der Infanterie nur 7 Prozent, von der Cavallerie nur 4 Prozent und vom Fuhrwesen nur 2½ Prozent.

Und wenn man noch tiefer in die einzelnen Waffengattungen hineinblickt, so findet man beispielsweise, daß die Schreibkundigen unter den Dragonern sich nur mit 2 Prozent, unter den Uhlanen nur mit 1½ Prozent beziffern, und daß im Tyroler Kaiserjägerregiment nur im Ganzen 46 Mann, d. h. ½ Prozent schreiben können, d. h. auf je 200 Ein Mann! Man sieht, die Tyroler Pfaffen haben die gründlichste Arbeit gemacht. Der preussische Kultusminister Mühlner sollte sich dieselben für seinen Feldzug gegen die „heidnische“ Intelligenz verschreiben.

In Frankreich vergißt die demokratische Partei über der Hoffnung auf die Revolution nicht, sich auf die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten; die Aussichten sind äußerst günstig und man rechnet auf einen Gewinn von etwa 40 Sitzen, was in Allem ungefähr 60 demokratische Stimmen ergeben würde. Natürlich weiß man sehr genau, daß der Sturz des Kaiserreichs nicht durch eine Wahltschlacht bewerkstelligt werden kann. Erstens ist es bei der jetzigen Präfekturwirtschaft (ebenso wie bei der preussischen Landrahwirtschaft) absolut unmöglich, daß je eine demokratische Majorität in den gesetzgebenden Körper kommt; und zweitens steht fest, daß wenn eine solche Majorität doch zu Stande zu bringen wäre, die Regierung sich um deren Beschlüsse nicht kümmern würde. Das Kaiserreich ist, wie der Norddeutsche Bund, nicht durch Abstimmungen, nicht durch Reden zu beseitigen. Aber doch zu schwächen.

Die Regierung fährt in ihrer Verfolgung der Presse fort. Krieg gegen die Demokratie ist ihre Lösung nach Innen; Krieg gegen Preußen ist ihre Lösung nach Außen. — Bei einem Krieg mit Preußen setzt Bonaparte unstreitig viel aufs Spiel, aber nicht so viel als der Gegner. Ist ihm auch die Niederlage sicheres Verderben, so bringt ihm dagegen der Sieg die Verlängerung seiner Macht. Anders mit Bismarck. Wird die preussische Armee geschlagen, so fällt die „Schöpfung“ des Jahres 1866, die nur durch die Gewalt zusammengehalten wird, rettungslos auseinander; siegt aber Preußen, so ist eine Revolution in Frankreich die nothwendige Folge, und die französische Republik würde das Bismarck'sche Preußen gar bald „moralisch“ erobert haben. Siegend oder besiegt — in beiden Fällen ist Großpreußen verloren.

Ueber die jüngsten Vorgänge in Spanien ist noch immer ein Schleier gebreitet. Die Volkskämpfer haben andres zu thun, als Zeitungsartikel und Briefe zu schreiben, und die Regierung veröffentlicht nur, was ihr genehm ist. So viel sieht indeß fest, in Cadix behaupteten die Aufständischen sich noch am 13. ds. Mis., und die Behörden in Madrid begten die lebhaftesten Beforgnisse. Ein der Regierung befreundeter Correspondent des Pariser „Temps“ gibt Dreierlei als Ursachen des Losbruchs an: „Geleitet von den edelmüthigsten aber unüberlegten (!) Gefühlen und zugleich der Nothwendigkeit nachgebend, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, was durch das in Folge zweier Mißernten über ganz Spanien verbreitete Elend noch schwieriger als anderswo gemacht wird, haben die einzelnen Gemeinden, ohne die vorhandenen Mittel ins Auge zu fassen, und ohne zu bedenken, ob derartige Opfer längere Zeit fortgesetzt werden könnten, überall Nationalwerkstätten eingerichtet. Die Geldmittel der Gemeinden sind erschöpft, die Unterstützungsbereitschaft der wohlhabenderen Bürger hat nachgelassen, die Centralverwaltung, durch die von der Monarchie übernommene Finanzlage, welche sich nicht besser gestaltet hat, bis über die Ohren in Schulden, kann keine Hilfe leisten und so sind Tausende von Arbeitern zu Puerto Santa Maria, vor den Thoren von Cadix entlassen und allen bösen Einflüssen ausgesetzt worden. — Den zweiten Grund zur Unzufriedenheit lieferte das Dekret vom 17. November, welches die „Freiwilligen der Freiheit“ neuorganisirte, (dessen wesentliche Absicht aber dahin ging, das Volk wehr- und waffenlos zu machen). Es ist das wiederum eine Unklugheit, die man schwer büßen muß. Es war eine Unklugheit, die Waffen zu vertheilen, es ist eine größere, sie in verlegener Weise dem Volke zu einer Zeit wiederzugeben zu wollen, wo andere Keime zum Mißvergnügen schon vorhanden sind. Wenn man (d. h. die Regierung) in Cadix siegt, wird man dort Abhilfe treffen können, an allen andern Orten bleiben die Folgen der maßlosen Unvorsichtigkeit bestehen. Das dritte Motiv (Beweggrund) des bewaffneten Widerstands war die erklärte, amtliche Unterstützung, welche die provisorische Regierung, ihrem ausdrücklichen Versprechen entgegen, der Errichtung einer Monarchie in Spanien angedeihen ließ; es war der Schutz, den sie allen Denen gewährte, die sich der von ihr getroffenen Wahl angeschlossen. Die erste dieser Ursachen hat die Emute von Puerto Santa-Maria (Vorstadt von Cadix) herbeigeführt, die beiden anderen riefen jene Insurrection (Aufstand) hervor, welche seit drei Tagen die Straßen von Cadix mit Blut besetzt.“

Im Wesentlichen hat der Correspondent des „Temps“ gewiß Recht. Die provisorische Regierung mußte aber die Wirkung ihrer Maßregeln voraus berechnen, und wir sind daher befugt, sie als Urheberin der Katastrophe anzuklagen.

Nachschrift. Eine amtliche Depesche meldet, daß die „Rebellen“ von Cadix sich ergeben hätten. Die Bestätigung bleibt abzuwarten.

Noch eins. Durch den Alterszensus von 25 Jahren hat die provisorische Regierung über 1 Million junger Männer, die meist für die Republik begeistert sind, von der Wahlurne ausgeschlossen. Nun — es bedarf nicht des Stimmrechts, um eine Kinte loszubrühen.

Dem Grafen Bismarck ist Süddeutschland nicht liberal genug. Dem Berliner „Sozial-Demokrat“ sind unsere Musterstatuten nicht demokratisch genug. Die Kleinen machen's den Großen nach, das ist der Lauf der Welt. In den Norddeutschen Bundeskämmerlein und in die Schweizer'sche Tasche zu schlüpfen, wäre natürlich liberaler und demokratischer.

Die „Gründe“ des „Sozial-Demokrat“ sind so urkomisch, daß wir sie gelegentlich im „Bermischten“ mittheilen werden.

Der Berliner „Sozialdemokrat“ nennt es eine „Verläumdung“, daß der „Literat“ Liebknecht veröffentlicht habe (wo? wird natürlich nicht gesagt), den Bericht des „Sozialdemokrat“ über die schmachvollen Vorgänge in Essen sei dem dortigen Landrath „freundlich“ gewesen, was jedoch diesen nicht verhindert, die Schmeicheleien im „Sozialdemokrat“ energisch zurückzuweisen.

„Verläumdung“? Wir treten unverzüglich den Beweis der Wahrheit an. In dem fraglichen Bericht (Nr. 142 des „Sozialdemokrat“, S. 2, dritte Spalte) heißt es wörtlich:

— „Eine halbe Stunde hatte das Dreinhauen gedauert, da erschien der Landrath von der Heydt auf dem Plage und sofort mußten die Waffen (der Polizei) eingesteckt und die Gewehre (der Gensdarmen) auf das Rathhaus abgeliefert werden. — „Ich fordere Sie auf im Namen des Königs,“ hörte man den Landrath wiederholt sagen, „die Waffen einzustecken. Ich habe nicht befohlen, daß Sie auf wehrlose Leute einhauen sollen.“ Ein Mann, welcher sich der Gruppe, die den Landrath umgab, näherte, wurde von einem Gensdarm zurückgestoßen. „Lassen Sie den Mann; es kann Jeder hören, was ich hier zu sagen habe.“

So weit der „Sozialdemokrat“. Ist der Bericht dem Landrath etwa nicht „freundlich“? War unser Ausdruck „freundlich“ im Gegentheil nicht noch zu schwach?

Oder richtet sich der Vorwurf der „Verläumdung“ vielleicht dagegen, daß wir gesagt, der Landrath „habe sich gegen die Schmeicheleien im „Sozialdemokrat“ heftig verwahrt, wie Justizminister Leonhardt gegen die Liebkosungen der National-liberalen“?

Wir treten wieder den Beweis der Wahrheit an. In Nr. 143 des „Sozialdemokrat“ befindet sich ein Schreiben des Landraths von der Heydt, worin derselbe erklärt:

„Es ist unrichtig, daß ich die Anwendung der Waffe mißbilligt hätte, vielmehr habe ich gleich nach meinem Eintreffen — dem Rath (der Polizeikommissar, der die Regaleien veranstaltete) meine volle Anerkennung seines Verhaltens ausgesprochen. Erst nachdem die Straße geräumt und — der Zweck des polizeilichen Einschreitens erledigt war, habe ich den Befehl zum Einstecken des Gewehrs ertheilt. Die mir dabei weiter in den Mund gelegten Worte beruhen auf müßiger Erfindung.“

Kann man sich, fragen wir, nachdrücklicher gegen eine Schmeichelei verwahren? War unser Ausdruck nicht vollständig gerechtfertigt?

Noch ein Wort. Aus dem zufälligen Umstand, daß der Verfasser des von uns gerügten Berichts ein Arbeiter ist, folgert der „Sozialdemokrat“, „daß alle zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörigen Arbeiter maßlos von uns angefeindet

werden“. Dieß ist eine Verläumdung, ebenso albern als verächtlich. Wir freuen uns, versichern zu können, daß wir mit vielen Mitgliedern des Allgem. Deutschen Arbeitervereins persönlich auf dem besten Fuße stehen; wir halten die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder des Allgem. Deutschen Arbeitervereins für unsere Parteigenossen; wir haben wiederholt den Beweis geliefert, daß wir Hand in Hand mit ihnen zu gehen wünschen, und wir wissen, daß unsere Einigungsversuche bisher nur an den Hänken einiger Wenigen gescheitert sind, deren Führer kein Arbeiter ist, und die den Allgem. Deutschen Arbeiterverein mit sammt den zu gründenden Gewerks-Genossenschaften ihren persönlichen Zwecken dienstbar zu machen bestrebt sind.

Wir wollen sehen, ob der „Sozialdemokrat“ den Muth haben wird, obiges abzudrucken und — unser Blatt zu nennen. Schimpfen mag er nach Herzenslust.

Aus Hamburg schreibt uns ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins: „Berl hat kürzlich hier drei Vorträge gehalten über die Geschichte des früheren Allgem. Deutschen Arbeitervereins, wobei im Ganzen nichts Neues von ihm gesagt wurde. Bloß ein Geständniß betreffend Schweizer war mir überraschend. Er sagte nämlich, auch er habe, wie die meisten alten Mitglieder, anfangs kein richtiges Vertrauen in Schweizer gehabt, welches derselbe durch die bekannten Bismarck-Artikel*) vollends verloren habe. Nur mit schwerem Herzen habe er (Berl) ihn (Schweizer) auf der Generalsammlung in Hamburg für die Präsidentschaft empfohlen; jezt glaube er aber, Schweizer habe mit seiner Vergangenheit vollständig gebrochen, was man ja wohl aus seiner gegenwärtigen Handlungsweise mit Recht schließen dürfe.“ (Etwas aus seinem Bestreben, die Einigung der Arbeiter zu verhindern? Oder, weil er dann und wann ein demokratisches Mäntelchen umhängt um — die Zweifel des Herrn Berl und anderer Gutmüthigen zu beseitigen?)

Eine Parteipflicht.

Vorige Woche zeigte die „Zukunft“ an daß sie am letzten Dezember d. J. zu erscheinen aufhören müsse, wenn bis dahin nicht ein neuer Fonds beschafft sei. Die „Zukunft“, die seit 2 Jahren so fröhlich und so tapfer das Banner Deutschlands und der Demokratie in der Hauptstadt des Norddeutschen Sonderbunds schwingt, muß erhalten werden. Ihr Untergang wäre ein schwerer Verlust und eine unauslöschliche Schande für die deutsche Demokratie. Es freut uns, mittheilen zu können, daß die Gefahr für den Moment abgemindert ist; aber es gilt mehr zu thun. Unsere Freunde, davon sind wir überzeugt, werden ihre Pflicht nicht versäumen. Wer die nöthigen Mittel hat, zeichne Aktien, Jeder wirke für Verbreitung der „Zukunft“, die vom 1. Januar an nur 1 Mal täglich und zu entsprechend billigerem Preise erscheinen wird!

*) Kurz nach Gründung des „Sozial-Demokrat“ schrieb Hr. von Schweizer in dieses Blatt eine Reihe von Artikeln, in denen Bismarck auf das Schamloseste verherrlicht wurde. In Folge dessen zogen sich Marx, Engels, Herwegh, Buttke, Joh. Phil. Becker und Liebknecht von dem „Sozial-Demokrat“ zurück.

C h r i s t l i c h .

Man schreibt uns aus Gainsdorf (bei Zwickau): „Bei der Beerdigung einer Kinderleiche in Wilkau, welcher Ort ins Pfarramt Cullitsch (bei Kirchberg) gehört, ist folgender Fall vorgekommen: Als die Träger mitten auf dem Friedhof angekommen waren, wurde die Leiche abgesetzt, weil der begleitende Pastor dort stehen blieb und seinen Segen sprach. Nach Beendigung dieser Ceremonie enisernet sich der Pastor und die Leiche wird ans Grab getragen. Ein Träger, Bergarbeiter Kluge aus Gainsdorf, äußert seine Verwunderung, warum hier der Segen nicht am Grabe gesprochen werde, worauf eine Frau sagte, das wäre hier so gebräuchlich. Auf das hin kommt der Pastor zurück und fragt, wer der Zugführer der Träger gewesen wäre? Kluge antwortet: Bei uns gilt Einer so viel wie der Andere. Darauf sagt der Pastor: Wer etwas mit mir zu sprechen hat, mag ins Pfarrhaus kommen.“

Auf das hin begiebt sich Kluge mit noch zwei Trägern dahin und sie wiederholen die Frage, warum hier der Segen nicht am Grabe gesprochen würde. Sie erhalten den Bescheid, der Pastor, sei so verpflichtet, worauf sich die Drei in anständiger Weise wieder entfernen.

Der Pastor erkundigt sich nun bei den Eltern des verstorbenen Kindes, ob sie sich dadurch verletzt gefühlt, daß die Ceremonie in der Weise stattgefunden. Diese verneinen es, und nun verklagt der Pastor den Kluge als einen Ruhestörer. Kluge wird in Zwickau verhört, dann nach Kirchberg geladen und hier ihm seine sowie des Pastors Aussage vorgelesen, die ihn als Gottesdiensthörer hinstellt. Kluge will sich vertheidigen und zwei Zeugen aufstellen, man sagt ihm aber, er solle den Mund halten, man werde ihm seine Sache zuschicken. Er erwartet nun seine Strafe, wird aber Berufung einlegen.“

(Wir halten es nicht für möglich, daß ein Gericht Strafe erkennen kann; sollte es doch geschehen, so setze man uns sofort in Kenntniß. Jedenfalls bitten wir uns den Namen des Herrn Pastor aus, um diesem würdigen Verkündiger der Religion der Liebe zu der verdienten öffentlichen — Anerkennung verhelfen zu können. A. d. N.)

Selbsthilfe und Staatshilfe.

III.

(Fortsetzung).

Aber setzen wir den Fall, daß der gegenwärtige Staat über die erforderlichen Geldmittel verfügte, sei es, daß er das Kapital zur Errichtung der Cooperativ-Genossenschaften selbst bergiebt, sei es, daß er den Darleibern des Kapitals gegenüber die Garantie der Zinsen übernimmt, so würde die nächste Folge davon sein, daß er nun auch in die Cooperativ-Genossenschaft jene schwerfällige Beamten-Maschinerie einführt, welche wir überall thätig sehen, wo die Regierung die Hände im Spiel hat. Der Versuch ist schon, wenn auch in beschränkten Kreisen angestellt worden, den Staat zum Fabrikanten und Kaufmann für eigne Rechnung zu machen, und alle diese Versuche sind zu seinem Schaden ausgefallen, weil erstens jene Beamten-Maschinerie die Produktionskosten derartig vermehrt, daß seine Waare neben der des Privatmanns nicht auf dem Markt sich zu behaupten vermag, und weil zweitens jene Maschinerie die freie Bewegung, welche die Seele eines jeden Geschäftes ist, auf das Empfindlichste hemmt. Man wird vielleicht einwenden, daß die ungebührliche Vermehrung der Produktionskosten bei der Cooperativarbeit nichts zu bedeuten habe, da sie ja die Konkurrenz ausschließe. Denn wenn z. B.

sämmtliche Schuhmacher eines Landes in eine einzige Produktiv-Genossenschaft vereinigt sind, so gebe es außer ihnen eben keinen Konkurrenten mehr. Das ist aber nicht ganz richtig; denn bekanntlich wird der Produktionspreis wesentlich durch lokale Verhältnisse beeinflusst. Ein Ort, an welchem das Leben billig ist, produziert billiger als derjenige, an welchem Lebensmittel, Holz, Wohnung u. s. w. theurer sind. Die Assoziation der Schuhmacher einer kleinen Stadt wird daher billigere Schuhe zu liefern im Stande sein, als etwa Dresden, Berlin oder Wien. Will man nun diese Ungleichheit vielleicht dadurch aufheben, daß man die billiger produzierende Genossenschaft zwingt, ihr Fabrikat zu demselben Preise zu verkaufen, wie die der nothwendig theurer produzierenden Stadt? Die Produzenten würden damit wohl zufrieden sein; aber auch die Consumenten? Schwerlich, und man vergesse nicht, daß jeder Produzent zugleich Consument ist. Von dem Despotismus, der in einer solchen Maßregel liegen würde, wollen wir gar nicht reden. Ferner setzt die Vermehrung der Produktionskosten, wenn sie kein Uebel sein soll, voraus, daß der Käufer den höhern Preis zahlen kann. Er wird es nur dann können, wenn die gleichmäßigere Vertheilung des Nationalreichthums, welche ja die Cooperativarbeit anstrebt, rasch vor sich geht. Diese schnelle Vertheilung würde aber gerade durch den schwerfälligen Apparat der Beamten außerordentlich beeinträchtigt werden. Was würden da nicht erst für Anschläge zu machen, für Gutachten einzuholen, für Formalitäten zu erfüllen, für zeitraubende Schreibereien zu bewältigen sein beim Einkauf des Rohmaterials, während der Arbeit, und beim Verkauf des Produkts! Die Produktion würde außerordentlich langsam vor sich gehen, bei dem bürokratischen Hemmschuh der freien Bewegung tausend glückliche Chancen verpaßt werden, und die Vertheilung des Gewinnes wie eine Schnecke kriechen. Die Folge von allem dem würde ein Rückschritt in der Kultur und, trotzdem, daß der Arbeiter nun den Gewinn seiner Arbeit in die eigene Tasche steckt, eine allmähliche, allgemeine Verarmung sein.

Es versteht sich endlich ganz von selbst, daß der Staat bei seiner gegenwärtigen Organisation, wenn er sich wirklich herbeilassen sollte, Cooperations-Genossenschaften ins Leben zu rufen, keinen andern Zweck im Auge haben kann, als in den Arbeitern sich eine Stütze seiner Macht zu schaffen.

Nicht also der gegenwärtige Staat in seiner fehlerhaften Organisation, welche den Staatszweck in der herrschenden Klasse aufgehen läßt, vermag der Arbeiterklasse die geforderte Hilfe zu gewähren. Und in dieser Beziehung hat es auch Laßalle versehen, daß er es sich nie völlig klar gemacht hat, welcher Staat die Staatshilfe leisten soll und kann, die er als Stichwort in die Massen geworfen hat. Bald ist es der gegenwärtige Staat, den er anruft, bald schwebt ihm ein Zukunftsstaat vor; weil er sich aber von diesem letzteren nie eine deutliche Idee gebildet hat und zwar deshalb nicht, weil ihm die soziale Frage ausschließlich eine Magenfrage ist, so trägt bei ihm immer wieder der gegenwärtige Staat den Sieg davon. Daher sein bedenklisches Kokettiren mit der preussischen Regierung, der er im Jahre 1859 ausdrücklich die Mission zuerkannt hatte, ganz Deutschland zu erobern und zu annequiren. Daher machte er den aller Sittlichkeit, d. h. Freiheit hohnsprechenden Satz der preussischen Blut- und Eisenpolitik: „Macht geht vor Recht!“ zur Grundlage seiner Agitation. Daher verannte er sich schließlich in die Vorstellung, daß er als Macht mit der Macht unterhandeln könnte, und als Preis dafür, daß seine „Arbeiterbataillone“, die freilich nur auf dem Papier standen, der preussischen Regierung halfen, die liberale Bourgeoisie niederzuwerfen, die Staatshilfe davon zu tragen hoffte. Was Wunder nun, wenn wir nach seinem Tode von

den beiden Bewerbern um den erledigten Präsidentenstuhl den Einen einen Pakt mit der konservativen Partei in Preußen schließen sehen, um zunächst in den Reichstag zu gelangen, während der Andere, an die Schürze der Frau Gräfin Hagsfeldt geklammert, darauf hinarbeitet, wie es die jüngste Versammlung in Chemnitz offen dargethan hat, die Arbeiter in das Lager der preussischen Regierung überzuführen und dadurch die völlige Annexion Sachsens zu beschleunigen?

(Schluß folgt.)

Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5—7. September).

(Fortsetzung.)

Liebnecht, als Berichterstatter über die Beibrage, fort-fahrend:

Groß, wie in materieller Hinsicht — von den moralischen Nebeln rede ich jetzt nicht — der direkte Schade ist, der uns durch die stehende Heere erwächst, der indirekte ist noch unendlich größer. Ich sprach von der Kriegsgefahr. Dieselbe wird allerdings nicht durch die stehende Heere erzeugt. Der Urv. der gegenwärtig auf Europa liegt, diese veinliche Ungewißheit, die des Friedens nicht auf die nächste Stunde sicher ist, sie wurzelt in dem Mißverhältniß der Staatsformen zu den politischen und nationalen Bedürfnissen der Völker. Allein die Fortdauer dieses Mißverhältnisses wird einzig durch die stehende Heere ermöglicht, die außerdem die Regierungen in den Stand setzen, jeden Moment gegen den Willen und das Interesse der Völker einen dynastischen Krieg zu beginnen. Wir sind daher berechtigt zu sagen: Hätte man in Europa keine stehende Heere, so wären wir von sämtlichen Kriegen der Neuzeit verschont geblieben, und die Völker hätten nicht nur Alles gespart, was sie für den Krieg unmittelbar zu bezahlen hatten, sondern noch das Zehnfache durch Blühen des Handels und der Gewerbe gewonnen. Sie Alle können, — die meisten von Ihnen aus eigener bitterer Erfahrung — die lähmenden Wirkungen des letzten Kriegs auf die deutsche Industrie; der Betrag des Ausfalls läßt sich nicht genau berechnen, aber es kann nicht bezweifelt werden, daß er den Betrag der gesammelten direkten Aufwandskosten bei Weitem übersteigt. — Doch weiter: Ich sagte zu Anfang, der Zweck der stehenden Heere sei die Unterdrückung der Völker, nicht die Vertheidigung des Vaterlandes. Der Beweis ist leicht geliefert. Wir finden ihn in der neuesten Geschichte unseres Erdtheils. Hunderte von Schlachten und Schlächtereien, verübt durch die stehenden Heere, am Volke verübt: Paris, Wien, Berlin, Frankfurt, die Blutfelder des noch heute betäubt daliegenden Baden, Ungarn, die Lombardei, Rom, Polen — überall das Volk niedergeschlagen, niedergemetzelt durch die stehenden Heere. Und wo hätten sie für das Volk gekämpft? Etwa 1859 in Italien? Wohl führte Bonaparte die Freiheit der Italiener im Munde, aber wie kann, wer Despot ist im eignen Land, die Freiheit dem Nachbar gönnen, der durch sie sein tödlichster Feind werden müßte? Freiheit kann den Despotismus eben so wenig vor den Thoren dulden, als der Despotismus die Freiheit. Nicht um Italien zu befreien, nein, um Frankreich zu unterdrücken, um das Gependit der Revolution, das aus den zerplatzten Drachensymbolen hervorgegangen war, wieder zu bannen, unternahm der Dezembermann den Krieg von 1859. Und der Krieg von 1866? Meine Herren! Es wäre eine Beleidigung für Sie, wollte ich mich auszusprechen bemühen, daß dieses schwächste Verbrechen am Vaterland, auch ein Verbrechen an der Freiheit, an der Volkssache war. Stets und überall gegen das Volk; nie und nirgends für das Volk — das ist das Urtheil der Geschichte über die innere Mission des stehenden Heeres. Und wie verhält es sich mit der Vertheidigung gegen den äußeren Feind? Nehmen wir das Jahr des großen Hochverrats an der deutschen Nation — das Jahr 1866. Oesterreich wurde von Preußen angegriffen; es hatte ein stehendes Heer, auf das Millionen über Millionen verwandt worden waren, um es möglichst schlagfertig zu machen. Was wurde aus der österreichischen Armee? Ein paar verlorne Treffen, eine verlorne Schlacht — und sie war kampfunfähig, Oesterreich selbst wehrlos, dem Sieger preisgegeben. So ist es mit den stehenden Heeren. Nicht mit Unrecht nennt man sie stehende. Bloß so lange sie stehen, bestehen sie. Einmal niedergeworfen, liegen sie am Boden und vermögen nicht mehr aufzusteigen. In neuerer Zeit, wo die stehende Heere so kolossal geworden sind, daß die Volksträfte kaum ausreichen, sie zu erhalten, geschweige denn neue Armeen auf die Beine zu bringen, entscheidet

eine, höchstens eine zweite Schlacht über das Schicksal der Staaten. 1859 Magenta und Solferino, 1866 Königgrätz. Hätte die preussische Armee, was einen Augenblick sehr wahrscheinlich war, die Schlacht bei Königgrätz verloren, so würde der österreichische Sieg Preußen genau in dieselbe Lage gebracht haben, wie der preussische Sieg Oesterreich. Ein anderes Heer war nicht da. Das preussische Junkerthum wäre gefallen anstatt des österreichischen, das preussische Volk hätte gewonnen anstatt des österreichischen.

(Schluß folgt.)

Aus England.

London, den 7. Dezember.

Herr Disraeli hat es für rathsam gehalten vor der Zusammenkunft des neuen Parlaments abzudanken statt nach der Zusammenkunft durch ein Mißtrauensvotum hinausgeworfen zu werden. In einem, an alle Zeitungen geschickten Manifest entschuldigt er sein bisheriges Festhalten an den Regierungszügeln damit, daß es zweifelhaft gewesen, ob die öffentliche Meinung die Politik der liberalen Majorität des letzten Parlaments bestätigen werde. Da diese Zweifel nun gelöst sind, so hält er es nicht länger vereinbar mit seiner Würde, noch verträglich mit dem Fortgang der öffentlichen Geschäfte, einen Tag länger Minister zu bleiben.

Die Gladstone'sche Majorität beläuft sich auf 117, fast das Doppelte der Palmerston'schen Majorität der letzten Wahl und außerdem sind mehr als zweihundert Mitglieder des alten Parlaments, sowohl Liberale als Conservative durch neue ersetzt worden. Wie es die aus der Wahl hervorgehende öffentliche Stimmung erheischt, hat Disraeli Gladstone als seinen Nachfolger empfohlen. Der Ruf, das Staatsruder vor der Zusammenkunft des Parlaments in die Hand zu nehmen, kam den Liberalen so unerwartet, daß sie nicht im Geringsten vorbereitet, und in verschiedenen Gegenden von den Wahlstrajazien ausruhend, zerstreut waren. Dadurch geht die Bildung des neuen Ministeriums etwas langsam von statten. Graf Russell hat abgelehnt irgend eine offizielle Stellung anzunehmen, aber versprochen sein Möglichstes zu thun das Ministerium im Oberhause zu unterstützen. John Bright hat auch keine Lust, sich in seinen alten Tagen mit Regierungsgeschäften zu plagen und hat daher, nach den letzten Berichten den Vorsitz des Handelsamts mit Sitz und Stimme im Cabinet gewählt. Nach den heute Morgen veröffentlichten Listen sind folgende Stellen bereits besetzt und angenommen: Premierminister: Gladstone, Auswärtige Angelegenheiten: Lord Clarendon, Kolonien: Graf Granville, Indien: Herzog von Argyll, Krieg: Cardwell, Finanzen: Robert Lowe, Marine: Childers, Handel: John Bright, Haupt-Sekretär für Irland: Fortescue.

Unter diesen Kabinetministern sind zwei alte Wähler Clarendon und Granville, und ein durch Sir Robert Peel's Abschaffung der Kornseize liberal gewordener Lord Cardwell. Die übrigen sind Leute, die in keinerlei engerer Verbindung mit den politischen Parteien der Vergangenheit gestanden haben. Im Unterhause wird das neue Ministerium allmächtig, im Oberhause ohnmächtig sein. Im Oberhause ist der Liberalismus nicht allein in der Minorität, sondern die Konservativen sind den Liberalen an Redner talent überlegen. Disraeli schließt sein Manifest mit der Versicherung, daß seine Partei der Gladstone'schen Kirchenpolitik einen unablässigen Widerstand entgegen setzen werde.

Die Strikes werden mehr und mehr durch gerichtliche Verfolgungen unterdrückt. Vor der Londoner Schneidep-Verurtheilung wurden nur Drohungen und handgreifliche

Thätlichkeiten als strafbare Vergehen betrachtet, seitdem wird einfaches Zureden von Seiten ausstehender Arbeiter mit Gefängnisstrafe geahndet! Vorigen Mittwoch erschienen vier Schuhmacher vor dem Polizei-Gericht, weil sie Andere zu bereden gesucht, nicht für einen gewissen Grew in der City Road zu arbeiten. Gegen Mitte Oktober hatten bei Diesem 40 Schuhmacher die Arbeit niedergelegt, weil er ihren Lohn herabsetzen wollte. Wie gewöhnlich schickten die Arbeiter ihre „Bickets“). Alles, was sich dieselben zu Schulden kommen ließen, war: Arbeitern, die nicht zur „Gesellschaft“ (Union) gehörten, zu sagen, daß sie die Arbeit eingestellt, und Diejenigen, die fortarbeiteten oder frisch in Arbeit genommen wurden, aufzufordern, ihrem Beispiel zu folgen. Dafür sind sie der „Verschwörung“ und „Verbindung mit Andern“ angeklagt, und „durch ungesetzhliche Mittel besagten Grew verhindert zu haben, sein gesetzliches Geschäft zu betreiben.“ Schuhmachermeister Grew sagte aus, daß ihm der Strike während der ersten 14 Tagen einen Schaden von 600 Pfund Sterl. = 2000 Thlr. zugefügt habe. Die Arbeiter werden nächstens vor das Kriminalgericht gestellt und, wie sich selbst versteht, verurtheilt werden. Selbst wenn der Schuhmachermeister gelogen, beweist seine Zeugniß, welchen Profit die Herren Meister machen. An der besten Arbeit wenn voll beschäftigt, verdienen die 100 Arbeiter Grew's selten mehr als 150 Pf. St. = 1000 Thlr. die Woche. Wie viel Prozent beträgt der Profit des Herrn Grew, wenn er dadurch, daß 40 die Arbeit einstellen, in 14 Tagen 600 Pf. St. verlieren kann? Jedenfalls verdient Herr Grew mehr, als seine 100 Arbeiter an Arbeitslohn erhalten.

In Sheffield wurden vor einiger Zeit mehrere Steinhauer zu Gefängnisstrafe verurtheilt, weil sie Andere überredet, nicht für einen gewissen Baumeister zu arbeiten. Es hatten zwölf die Arbeit niedergelegt, der Bauherr verschrieb zwölf Arbeiter von London, sieben stellten sich ein, aber ehe sie in die Arbeit gingen, zogen sie Erkundigungen an Ort und Stelle ein, warum die Arbeit niedergelegt worden sei, da ihnen in London Niemand etwas von einem Strike gesagt. Das Resultat war, daß sie am nächsten Morgen wieder abreisten. Diejenigen, welche ihnen solches gerathen und die Mittel verschafft, wurden gerichtlich verfolgt und verurtheilt. Sie appellirten an ein höheres Gericht, aber das Urtheil wurde bestätigt. Dies ist die Art, wie man die Arbeiter überzeugen will, daß ihre Interessen identisch (gleich) sind mit denen der herrschenden Klasse.“

George Peabody, ein viele Jahre lang in London ansässiger amerikanischer Kaufmann hat zum dritten Male eine Schenkung zu Gunsten der Londoner Armen gemacht. Im Ganzen belaufen sich seine Schenkungen jetzt auf 350,000 Pf. St. = 2 Millionen 330,000 Thaler; der Fonds wird von einem Komite, welches aus Lords und reichen Herren besteht, verwaltet. Sie benutzen das Geld, um Model lodging houses — eine Art Arbeiter-Kasernen zu bauen. Die Wohnungen werden zu hohen Preisen vermietet, die nur von den bestgestellten Arbeitern bezahlt werden können, und wer eine Woche nicht bezahlen kann, muß fort! Der Profit wird benützt um mehr zu bauen. Privat-Unternehmer haben sich jetzt noch nicht gewagt, ähnliche Gebäude auf eigene Rechnung zu errichten. Ob das mildthätig ist oder nicht, laß ich dahin gestellt sein. Ich erwähne der Schenkung nur, um meine Leser auf die Zustände der heutigen Gesellschaft aufmerksam zu machen, auf Zustände, die einem Privatmann die Mittel gewähren, so

viel zu verschwenken, als 4666 geschickte Handarbeiter in einem Jahre verdienen, wenn sie vollauf beschäftigt sind, und daß keine 300 Schritte von Peabody Tausend solcher Arbeiter wohnen, die im dürftigsten Glend schmachten.

London, den 14. Dezember 1868.

Fettes Vieh und magere Arbeiter, schwelgende Herren und darbenende Knechte — das ist das erfreuliche Resultat der bürgerlichen Zivilisation. Zwei hundert und ein und fünfzig Stück gemästetes Rindvieh, ebenso viele Schaaf und drei und dreißig königliche, adelige und gemeine Schweine sind während der verflossenen Woche in der landwirthschaftlichen Halle zur Schau ausgestellt worden. Die Thierschau ist jedes Mal begleitet von einer Ausstellung von Ackerbau-Maschinen. Unter den hohen und höchsten Besuchern war der Kronprinz von Preußen, der seine fürstliche Zufriedenheit über manches Vieh aussprach und Ihre Excellenz Chah-ta-jen, der chinesische Gesandte und seine Gemahlin Un-fung-his, die ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Maschinerie richteten. Im Ganzen wurde die Schau in vier Tagen von 117,300 Personen besucht; in wenigen Tagen werden dieselben Thiere in den verschiedenen Londoner Metzger Läden zur Schau ausgehängt werden. Die Königin erhielt als Züchterin von weißen Schweinen die erste Prämie und eine silberne Medaille für das beste Schwein nicht über neun Monate alt. Es gab eine Zeit, wo sich fürstliche Personen damit brüsteten, daß sie lesen, schreiben und fremde Sprachen sprechen konnten, heut zu Tage müssen sie Schweine um sich auszuzeichnen. Drehen wir das Blättchen um. Ein Zeitungschreiber, der ums liebe Brod schreibt, tritt in das Partier-Zimmer eines kleinen Hauses im Osten von London. Er findet eine Frau, umgeben von fünf kleinen Kindern in dem beklagenswerthen Zustande. Sie sind alle barfuß, und elend gekleidet, blaß, hager und von der Hungerkrankheit geplagt. Der Vater klopft Steine im Workhouse, sie haben seit sechs Wochen kein Fleisch gekostet. Um etwas zu verdienen haben sie einen Zentner altes Schiffstauwerk von einer Seilfabrik geholt um es in Fasern zu zerzausen. Sie haben schon eine ganze Woche daran gearbeitet, der Vater hat Abends geholfen. Wenn Alles zerzaust ist, werden sie einen Schilling = 10 Ngr. erhalten! In demselben Häuschen im obern Zimmer ist ein Mann, im Blüthenalter des Lebens, der sich vor Schmerz kaum rühren kann, er ist sammt Weib und Kindern fast von lange anhaltendem Hunger erschöpft, in Zeit von zwei Jahren hat er nur sechs Wochen regelmäßig Arbeit gehabt. In einem andern Häuschen dicht dabei ist eine Familie, die in zwei Tagen nur einmal gegessen hat. Für das letzte Mahl versetzten sie die Schuhe eines Mädchens von zwölf Jahren für einen Schilling, sie hat Aussicht Abends den Pfandzettel für 6 Pence = 5 Ngr. zu verkaufen. Dieser Zustand im Osten von London dauert schon über zwei Jahre. Den Arbeitern der Pfarrei Poplar ward kürzlich das Wahlrecht verweigert, weil sie sammt und sonders innerhalb der letzten zwölf Monate Armenunterstützung erhalten! Werden Herrn Bright's Erlösungsmittel hier anschlagen?

Das neue Parlament ist zusammen gekommen, wird aber vor Weihnachten nichts unternehmen. Nach konstitutionellem Brauch geht die Parlamentsmitgliedschaft verloren, wenn ein Mitglied ein Staatsamt von der Krone annimmt. Wer daher Minister wird, muß sich einer Neuwahl unterziehen. Die Neuwahlen können nicht ausgeschrieben werden bis das Haus konstituiert ist, und das Haus kann sich nicht konstituieren, bis eine Anzahl Mitglieder eingeschworen sind. Da die neuen Minister ihre Plätze nicht im Unterhause einnehmen können,

*) Posten, die in der Nähe der Werkstätten aufgestellt werden, und die aus- und eingehenden Arbeiter aufzufordern haben, mit ihren Kollegen gemeinschaftliche Sache zu machen.

bis sie wieder gewählt sind, so kann also vor Weihnachten nicht mit den eigentlichen Geschäften begonnen werden.

(Schluß folgt.)

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Alle Vereine, welche bisher die deutsche „Arbeiterhalle“ bezogen haben, werden bis zum Jahresluß die entsprechende Zahl Exemplare des „Demokratischen Wochenblatts“ zugesandt erhalten. Die Postabonnenten hingegen müssen wir ersuchen, ihre Adressen mitzutheilen, da diese von der Post nicht zu erfahren sind. Die Abonnements auf das „Demokratische Wochenblatt“ für das neue Quartal sind bei der Post oder im Buchhandel aufzugeben. Kreuzbandsendungen werden nur dann erfolgen, wenn ein Verein mindestens 10 Exemplare per Quartal bestellt; einzelne Exemplare werden nur dann unter Kreuzband versandt, wenn außer der Abonnementsgebühr von 12½ Ngr., noch 2½ Ngr. für die Expedition, also 15 Ngr. voraus eingeschickt werden.

Dem Verband beigetreten ist der Arbeiterbildungsverein Schwiebus.

An Beitrag für 1868 haben gezahlt: Arbeiterbildungsverein Hanau 5 fl. = 2 Thlr. 25 Ngr., Arbeiterbildungsverein Edenkoben 2 fl. 45 kr. = 1 Thlr. 17 Ngr.

Leipzig, den 14. Dezember 1868. Der Vorort.

Aus Hamburg schreibt man uns: „In einer der letzten Nummern des „Sozial-Demokrat“ las ich, daß Sie und Ihre Freunde in einer Versammlung zu Leipzig beschlossen haben, dahin zu wirken, daß die Gewerkvereine, die auf dem Berliner Arbeiter-Congress gegründet worden, sowie diejenigen, deren Gründung auf dem zu Nürnberg stattgefundenen Vereinsstag deutscher Arbeitervereine beschlossen worden ist, auf einer gemeinschaftlichen Generalversammlung zu einem Ganzen verschmolzen werden sollten. Auch ich bin der Ansicht, daß die verschiedenen Richtungen sich vor allen Dingen in dieser Hinsicht zu vereinigen hätten, damit wir durch gemeinsame Agitation uns tüchtig verstärken können, um auf eignen Füßen stehen und uns von den Fortschrittlern gänzlich losagen zu können. Auch der größte Theil meiner Freunde sowie unsere Führer sind dieser Ansicht; nur über die Mittel zur Vereinigung denkt man verschieden. Da ich jedoch kaum glaube, daß die Unsrigen (der Schreiber ist Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins) sich zu einer gemeinschaftlichen Versammlung herbeilassen, ich aber doch, was in meinen Kräften steht, thun möchte, um eine Vereinigung anzubahnen, so ersuche ich Sie, mir den von Ihnen gefertigten Statuten-Entwurf zu übersenden. . . . Ich schliesse mit den Worten unseres jetzt in der Fremde weilenden Audorf:

Nie mehr gegen Freunde zück' hinfort die Wehr,
Wo ringsum die Feinde sind wie Sand am Meer!

Nürnberg, den 15. Dezember. Der hiesige Arbeiterbildungsverein beschloß gestern in seiner zahlreich besuchten Wochenversammlung einstimmig, die vom Vorort entworfenen Musterstatuten als Grundlage für die zu gründenden Gewerks-Genossenschaften anzunehmen, behält sich jedoch vor, einzelne Paragraphen, die Krankenkassen betreffend, den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Mit Nachdruck wird der Verein für die Gründung der Gewerks-Genossenschaften thätig

sein und bestellt hiermit 100 Stück Exemplare der Statuten, um dieselben auch außerhalb des Vereins zu verbreiten. Es wird Sie freuen, zu erfahren, daß unser Verein täglich an Mitgliederzahl wächst. Die von Ihnen neulich schon erwähnte Volksversammlung in der Turnhalle (allgemeines gleiches direktes Wahlrecht anlangend) hat insofern eine nicht unwesentliche Bedeutung für Nürnberg, als dieselbe durch die Wahl Kolbs gegen Crämer die erste Niederlage der Nationalliberalen war.

Vor einigen Tagen war hier eine Versammlung des volkswirtschaftlichen Vereins, dessen Mitglieder zum größten Theil aus nationalliberalen Elementen bestehen. Ein Herr Professor Haugk hielt einen Vortrag über „die volkswirtschaftliche Berechtigung der Arbeiterbewegung“, und auf die Gewerks-Genossenschaften kommend, verlas und vertrat er die Musterstatuten von Bebel und Liebknecht. Wie wenig werden die Herren aus dem Arbeiterverein (Ziegelgasse), welche das Dunder-Hirsch'sche Statut angenommen haben, damit zufrieden gewesen sein.

Wie man hört, werden wir vielleicht in nächster Zeit mit einem Schweizer'schen Reiseprediger beglückt; wir werden ihn tüchtig abfahren lassen.

Schwiebus. Unser Verein hat beschlossen, dem Verbands deutscher Arbeitervereine beizutreten. Wir sind freilich nur ein kleines Häuflein und sämtlich Fabrikarbeiter, die von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 Uhr an der Arbeit stehen müssen, wie überhaupt in hiesiger Stadt alle Arbeiter, mit Ausnahme einiger Feuerarbeiter und Tischler. Wissenschaftlich gebildete Männer, die unsern Verein unterstützen, fehlen uns ganz, dagegen haben wir sehr viel zu leiden von den Patrioten, die uns, wo sie können, zu schaden suchen. Viele Arbeiter lassen sich auch dadurch abhalten, in unsern Verein zu treten, weil sie nicht sogleich bedeutende Erfolge sehen, die bei 2 Sgr. Beitrag monatlich doch nicht groß sein können. Es fehlt uns ein tüchtiger Mann, der Kenntnisse und Zeit und Geduld hat, die Arbeiter aufzuklären; wäre dieser vorhanden, dann würden wir bei der hiesigen sehr starken Arbeitererschaft bald einen der stärksten Vereine bilden.

Osterode a. S. Am 5. April dieses Jahres wurde hier ein Arbeiterverein gegründet, der am Stiftungstage nur 17, heute aber schon 130 Mitglieder zählt. Es kostete Anfangs große Mühe, ihn vorwärts zu bringen, aber dem Muth und der Ausdauer zweier Mitglieder namentlich gelang es, ihn emporzubringen. Vor kurzer Zeit haben wir eine Kranken- und Sterbefasse für die Vereinsmitglieder gegründet und geben jetzt damit um, einen Consumverein ins Leben zu rufen; auch sind die Lehrstunden nicht außer Acht gelassen. In kurzer Zeit wird sich unser Verein entschließen, ob er dem Verbands beizutreten will. Mit der Gründung von Gewerks-Genossenschaften wird unser Verein ebenfalls rüstig vorgehen und bitten wir, uns 150 Stück Musterstatuten zu senden, auch bitten wir, das Schriftchen über die Buchführung der Consumvereine, herausgegeben von der Centralstelle der sächsischen Consumvereine, beizulegen.

Coburg. Der Gewerks-Genossenschafts-Bewegung hat sich unser Arbeiterverein ebenfalls angeschlossen, er beschloß, mit Gründung von Genossenschaften hier vorzugehen und ersucht den Vorort um sofortige Zusendung einer größeren Partie Musterstatuten. Später werden wir mehr mittheilen.

Für allgemeines Wahlrecht.

Petition der Nürnberger Volksversammlung.

Hohes Kammer und Abgeordneten!

Jeder Staat, welcher sich die Gerechtigkeit zur Nichtsahnung seines Thuns und Wirkens machen will, ist verpflichtet, allen seinen Staatsangehörigen bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte einzuräumen.

Dieser Grundsatz wird von dem bayerischen Staate bei seinem bisherigen Wahlgesetze nicht gehandhabt.

Das 1848er Wahlgesetz stellt zwar im Prinzip fest, daß jeder 21 jährige unbescholtene Staatsangehörige wahlberechtigt ist, knüpft aber hieran die Bedingung der Abgabe einer direkten Staatssteuer und die vorherige Ablegung des Verfassungseides.

Das Wahlrecht von der Abgabe einer direkten Staatssteuer abhängig zu machen, — nachdem man einmal im Prinzip ausgesprochen hat: jeder volljährige unbescholtene Staatsangehörige ist befähigt und berechtigt das Wahlrecht auszuüben, — ist nichts anderes als ein von den besitzenden Klassen angemessenes Privilegium zur alleinigen Ausübung der Herrschaft und Gesezmacherei und ein selbst ausgefertigtes Zeugnis des höheren Geistes, besserer Befähigung und größeren Patriotismus gegenüber ihren minderbemittelten Staatsangehörigen.

Billigerweise kann man ja doch an die Staatsangehörigen keine größeren Anforderungen stellen, als Solche zu leisten auch im Stande sind, und wenn man selbstverständlich einem Krüppel nicht zumuthet, Militärdienste zu verrichten, ohne daß es deswegen dem Staate einfällt, ihn seiner politischen Rechte für verlustig zu erklären, so ist es auch in keiner Weise gerechtfertigt, diejenigen Staatsangehörigen, welche gar oft nur durch die gegebenen sozialen und politischen Mißstände nicht in der Lage sind, bei kaum erschwingbarem nothwendigem Lebensunterhalt, noch Abgaben an den Staat zu entrichten, deswegen ihrer politischen Rechte zu berauben.

Wollte man aber auch annehmen, daß Jeder ohne Ausnahme, welcher an den Rechten zur Ausübung der Staatsautorität theilnehmen will, auch verpflichtet ist, durch einen verhältnismäßigen Beitrag zu den Staatsausgaben auch sein Interesse an dieser Staatsautorität zu betheiligen, so kann hier mit Recht daran erinnert werden, daß in Bayern der größte Theil aller Staatsausgaben durch die Erhebung von indirekten Steuern bestritten wird, mithin Jeder, und insbesondere der eigentliche Arbeiterstand, zu den Lasten des Staates mehr als genügend beiträgt.

Es hieße ja doch die Ungerechtigkeit auf die Spitze treiben, wenn ein Staat, welcher zu seiner Bequemlichkeit und seinem Vortheil aus dem indirekten Steuersystem seine größten Einkommensquellen heraus schlägt, dem Arbeiterstande noch zur Strafe dafür, — weil er durch dieses System zu unverhältnißmäßig großen Leistungen zu den Staatsausgaben gezwungen wird, — Abgabe an den Staat entrichtet, so seid ihr nicht befähigt und berechtigt, das wichtigste Recht des Bürgers, die Wahl eurer Vertreter, vorzunehmen.

Ist jeder politische Eid als ein gezwungener an und für sich schon verwerflich, so ist im gegebenen Falle dies um so verdammenwerther, als dieses in unserm Wahlgesetze aufge-

stellte Verlangen der vorherigen Eidesablegung nur darauf berechnet zu sein scheint, die große Zahl derjenigen Arbeiter, welche durch die gegebenen sozialen und politischen Mißverhältnisse nicht in der Lage sind, die Ansfähigkeit, oder, nach unsern neueren Sozialgesetzen, das Bürgerrecht zu erwerben, faktisch vom Wahlrechte auszuschließen. Der allenfällige Einwand, daß Jeder, welcher zum Wahlrecht gelangen will, ja freiwillig den Eid leisten kann, ist deswegen nicht stichhaltig, weil in der Praxis bekanntlich sich das Resultat herausstellt, daß dieser Eid in den weitaus meisten Fällen, — und jedenfalls auch von den ansässigen Bürgern, wenn solche nicht vorher dazu gezwungen wären, — freiwillig nicht geleistet wird, was aber auch um so natürlicher ist, als ohnehin Jeder zur Beobachtung der Verfassung angehalten und für deren Verletzung bestraft werden kann.

Durch die Bestimmung unseres jetzigen Wahlgesetzes, daß die Wahl der Abgeordneten nicht direkt durch die Urwähler, sondern indirekt durch Zwischenpersonen (Wahlmänner) vorzunehmen ist, wird das doch so natürliche und selbstverständliche Recht des Urwählers, den Candidaten, welchem er sein Vertrauen schenken will, selbst zu bezeichnen, in den weitaus meisten Fällen erschwert, ja sogar oft unmöglich gemacht; und es ergiebt sich aus dieser Bestimmung schon die Nothwendigkeit der Abänderung unseres jetzigen Wahlgesetzes, weil der Begriff der Ansfähigkeit, — welche von den Wahlmännern verlangt wird, — durch unsere neueren Sozialgesetze verloren gegangen ist.

Es braucht wohl nicht weiter erörtert zu werden, daß bei geheimer Abstimmung der wirkliche Gesinnungsausdruck der Wähler besser erzielt wird als bei der bisherigen Bestimmung der Abgabe unterschriebener Wahlzettel.

Eine einfache Forderung der Gerechtigkeit gegen die Minorität ist auch, daß nur je Ein Abgeordneter in einem Wahlbezirke gewählt wird.

Daß das sogenannte Ersatzmännerinstitut sich überlebt hat und die Wahlbezirke gesehlich festgestellt werden müssen, ist schon von allen Seiten anerkannt worden, so daß des Näheren darauf einzugehen wohl überflüssig ist; auch gegen die hiermit ausgesprochene Ansicht, daß für die passive Wahlfähigkeit das 25. Lebensjahr genügt, dürfte um so weniger etwas zu erinnern sein, als auch bei dem jetzigen Wahlgesetze für die Wahlbarkeit der Wahlmänner kein höheres Alter bedingt ist.

Soll aber die Wirksamkeit eines in dem hier angedeuteten Sinne zu erlassenden Wahlgesetzes nicht wieder geschwächt und gehemmt werden, so wird sich wohl die Nothwendigkeit der Abänderung unserer 6 jährigen Landtagswahlperioden von selbst ergeben, und dürfte im Einklang mit unsern jetzigen Finanzperioden eine zweijährige Dauer festzusetzen sein.

Aus diesen Gründen stellt die am 29. November in Nürnberg abgehaltene Volksversammlung das Ersuchen:

Eine hohe Kammer wolle mit allen Mitteln dahin wirken, daß noch vor Ablauf dieser Landtagswahlperiode ein neues Landtagswahlgesetz erlassen werde, nach welchem:

- 1) jeder 21 jährige unbescholtene Staatsangehörige wählen und jeder 25 jährige gewählt werden kann;
- 2) die Abstimmung eine direkte und geheime ist;
- 3) in jedem Wahlbezirke nur Ein Abgeordneter, ohne Ersatzmann, zu wählen ist und die Wahlbezirke gesehlich festgestellt sind;

Einladung zum Abonnement

auf das

Mainzer Journal

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sausen.

Bestellungen auf das vierte Quartal des Mainzer Journals für 1868 bitten wir rechtzeitig zu machen.

Unser Haupt- oder Morgenblatt liefert die leitenden Artikel und Originalkorrespondenzen, sowie alle bis elf Uhr Vormittags laufend telegraphischen Depeschen; die Beilage oder das Abendblatt einen vollständigen Tagesbericht mit allen bis vier Uhr Nachmittags eintreffenden Neuigkeiten.

Die Rheinischen Blätter werden unserem Abendblatt als Beilage beigegeben, sie bilden jährlich zwei starke Quartbände und liefern an Material wenigstens so viel als zehn Bände des gewöhnlichen Romanformats. Wir geben jährlich drei bis vier größere Originalromane bewährter deutscher und ausländischer Dichter, die bis jetzt überall eines ungetheilten Beifalls zu erfreuen hatten; außerdem Literaturberichte, Bilder aus der Länder- und Völkerkunde, Dichtwürdigkeiten zur Geschichte der Gegenwart und eine sehr reichhaltige Sammlung von vermischten Nachrichten.

Das Mainzer Journal mit seiner Beilage, dem Abendblatt, ist in einer starken Auflage über ganz Deutschland verbreitet, in Mainz selbst, im ganzen Großherzogthum Hessen, in Baden, am Rheinhessen, in Kurhessen, Nassau und Rheinbayern gehört es zu den beliebtesten Blättern. Es empfiehlt sich deshalb zu Anzeigen aller Art, die auf diesem Wege nicht bloß eine lokale, sondern allgemeine Verbreitung finden.

Das Mainzer Journal erscheint in Groß-Folio-Format und wird das einen Bogen starke Hauptblatt täglich, mit Ausnahme der Sonntage und der höchsten Feiertage, um zwölf Uhr Vormittags, das Abendblatt mit den Rheinischen Blättern um fünf Uhr Nachmittags ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen an. Der Preis des ganzen Blattes ist hier in Mainz vierteljährig 2 fl.; auswärts mit dem üblichen Postzuschlage. In jeder aller Art werden aufgenommen und wird die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum sehr billig mit 3 fr. berechnet. Große Lokalanzeigen liefern wir noch billiger und bitten wir die Interessenten sich deshalb mit unserer Expedition zu benehmen.

Bestellungen auf das Mainzer Journal (auch für einzelne Monate) nehmen alle Postämter jederzeit entgegen.

Die Expedition des Mainzer Journals.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an auf das

Neue Kreuzer-Magazin.

Blätter für Unterhaltung und Belehrung.

XIII. Jahrgang. Wöchentlich eine Nummer.

Der billige Preis bei sorgfältiger Auswahl gediegener Lectüre macht das Kreuzer-Magazin zum empfehlenswerthen Familienblatt, das mit angenehmer Unterhaltung auch nützliche Belehrung verbindet. Neben interessanten Erzählungen enthält dasselbe Mittheilungen aus der Natur- Länder- und Völkerkunde, Belehrungen über Ackerbau und Haushaltung, kleine humoristische Aufsätze, Räthsel etc. Preis pro Nummer nur ein Kreuzer.

Complete Exemplare der verfloffenen Jahre 1865, 1867 und 1868 sind noch zu haben. Der 52. Nummer wird Titel und Inhaltsverzeichnis beigegeben und bildet jeder Jahrgang einen schönen Band für eine Familienbibliothek.

In Preußen ist das Blatt von der Stempelsteuer befreit.

Expedition des Neuen Kreuzer-Magazins,

Mainz, kleine Langgasse Nr. 4 neu.

4) die Wahlperioden auf die Dauer von höchstens 2 Jahren bestimmt werden;

5) daß das schon im 1848er Landtagswahlgesetz im Prinzip ausgesprochene allgemeine Wahlrecht nicht wieder von der Abgabe einer direkten Staatssteuer abhängig gemacht, noch durch das Verlangen einer vorherigen Cidesablegung beschränkt werde.

Der Erfüllung ihres gerechtfertigten Verlangens sehen die ergebenst Unterfertigten um so mehr entgegen, als die hohe Kammer sich gewiß der Ueberzeugung nicht verschließen wird, daß die Gesetze, welche ohne die berechnigte Mitwirkung der Gesamtheit zu Stande kommen, wenn auch nicht der formellen Giltigkeit, doch jener moralischen Guttheilung entbehren, welche zur gedeihlichen und friedlichen Entwicklung eines jeden Staates erforderlich ist.

Anzeigen.

Vom 1. Januar 1869 ab erscheint in dem Verlage des Unterzeichneten die

Mannheimer Abendzeitung.

Organ der deutschen Volkspartei in Baden.

Die „Mannheimer Abendzeitung“ vertritt das demokratische Prinzip: Die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Verfassung und Verwaltung; sie vertritt das Selbstbestimmungsrecht des Volkes; erstrebt den auf Freiheit gegründeten, alle deutsche Stämme umschließenden Bundesstaat; sie bekämpft alle Privilegien und Monopole und unterstützt die Bestrebungen für das geistige und leibliche Wohl des Volkes. Alles für und durch das Volk!

Die „Mannheimer Abendzeitung“ hält als Organ der Volkspartei die Fahne des Rechts und der Freiheit um so höher, als die Gegenpartei den triumphirenden Macht von 1866 zu Füßen liegen und in rath- und thatlosem Zwartzen die Arbeit der Freiheit vernachlässigen. Die Gesinnungsgenossen werden ersucht, das neue Organ durch Einsendungen zu unterstützen und demselben einen ausgedehnten Leserkreis zuzuführen.

Die Redaktion der „Mannheimer Abendzeitung“ wird von einem bewährten Gesinnungsgenossen und vortheilhaft bekannten Publizisten und dem Unterzeichneten geleitet. Der Redaktion stehen die bewährtesten Kräfte als Mitarbeiter zur Seite und hat dieselbe an allen Hauptplätzen Korrespondenten gewonnen, so daß die „Mannheimer Abendzeitung“ in prinzipieller Richtung und in Bezug auf Reichhaltigkeit allen billigen Wünschen entsprechen dürfte. Für den Bezug telegraphischer Depeschen und der neuesten Nachrichten ist ausreichend Sorge zu tragen, und wird die „Mannheimer Abendzeitung“ außer den politischen Nachrichten, den Interessen des Verkehrs, Handels, der Gewerbe und Landwirtschaft ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die „Mannheimer Abendzeitung“ erscheint als Abendblatt sechs Mal in der Woche. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich in Mannheim einen Gulden, wozu Auswärts der Postzuschlag kommt. — Zur Aufnahme von Inseraten ist die „Mannheimer Abendzeitung“ welcher im Voraus die weiteste Verbreitung gesichert ist, ganz besonders geeignet. Der Insertionspreis für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum beträgt 3 fr., bei Lokalanzeigen 2 fr. Bei mehrmaliger Wiederholung des Inserats der übliche Rabatt.

Zu recht zahlreichem Abonnement und gefälliger Einsendung von Inseraten ladet höflichst ein

Der Herausgeber: J. P. Sichelsdörfer, Mannheim, C 1 Nr. 15 (früheren „alten Festschule“).

NB. Probe-Blätter, die vom 15. Dezember an ausgegeben werden, stehen auf Verlangen franco und gratis gerne zu Diensten.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebnecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Volkraht.
Expedition: Petersstraße 18.